

## V-1 Ausbildung statt Abschiebung - Perspektive Berlin

Antragsteller\*in: Hanno Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedenes

### Antragstext

1 Das Recht auf Bildung ist ein zentrales Gut, das allen Kindern und Jugendlichen  
2 gleichberechtigte Bildungschancen gewährleistet und in der Verfassung verankert  
3 ist. In Berlin kommen unbegleitete geflüchtete Jugendliche an, die lange  
4 Wartezeiten in Einrichtungen ohne Beschäftigung und Informationen zu ihren  
5 Perspektiven verbringen müssen. Die Jugendlichen sind hoch motiviert und viele  
6 verfügen über eine mittelschulische Allgemeinbildung; für Jugendliche ohne einen  
7 Schulabschluss in ihren Heimatländern und ab einem Alter von 16. Jahren ist der  
8 Zugang sowohl zu Allgemeinschulen als auch zu Oberstufenzentren oft erschwert.  
9 Wie die schulische ist auch die berufliche Bildung für geflüchtete Jugendliche  
10 entscheidend für ihre erfolgreiche Teilhabe und Integration/ Teilnahme in der  
11 Gesellschaft. Gleichzeitig stellen sie eine Chance für Berlin dar, wenn sie als  
12 Auszubildende, Nachwuchsfachkräfte und Mitbürger:innen einen schnellen Zugang  
13 zum Bildungssystem bekommen. Gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich oder bei  
14 den energie- und klimarelevanten Berufen stellt der zunehmende Fachkräftemangel  
15 eine ernste gesellschaftliche Herausforderung dar.

16 1. Wir fordern nach der sofortigen Ersterfassung der Jugendlichen bei der  
17 Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) die Gewährleistung einer  
18 umfassenden Betreuung der Jugendlichen durch die Träger der Jugendhilfe/  
19 Hilfen zur Erziehung und schnellere Verfahren für die Alterseinschätzung,  
20 damit die Jugendlichen so schnell wie möglich den für sie geeigneten  
21 Zugang zum Bildungssystem bekommen. Dafür soll eine Task Force bei der  
22 Senatsjugendverwaltung eingerichtet werden, um die Clearingsmaßnahmen  
23 sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Teilhabe von unbegleiteten  
24 geflüchteten Jugendlichen in den Bildungs- und Berufsweg steuert und  
25 regelmäßig überprüft. Die Möglichkeit, Maßnahmen und später Prüfungen ggf.  
26 in der Herkunftssprache oder auf Englisch mitzumachen bzw. abzulegen, muss  
27 mit den zuständigen Stellen geprüft werden.

28 2. Wir sehen die Notwendigkeit, die Nutzung von Werkstätten in  
29 Ausbildungszentren und Oberstufenzentren für geflüchtete Jugendliche auch  
30 außerhalb der Geschäftszeiten zu ermöglichen, um ihnen z. B: über  
31 Teilqualifikationen oder Einstiegsqualifikationen in Ergänzung von

32 vorhandenen Maßnahmen von Trägerorganisationen den Einstieg in die  
33 berufliche Bildung zu erleichtern.

34 3. Die Geflüchteten brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus,  
35 ausbildungsbegleitende Sprachkurse und schnellere Anerkennung ihrer  
36 vorhandenen Qualifikationen. Wir wollen Unternehmen motivieren und  
37 unterstützen, die geflüchtete Jugendliche als Auszubildende aufnehmen oder  
38 die Vorbereitung für eine Ausbildung begleiten. Dies kann beispielsweise  
39 durch finanzielle Anreize, Förderprogramme oder Beratungsangebote  
40 geschehen. Viele Betriebe haben aber auch noch großen Nachholbedarf bei  
41 den Themen Antidiskriminierung und Diversity. So müssen gerade KMU noch  
42 vertiefter über vorhandene Möglichkeiten in den Bezirken informiert  
43 werden.

## **Begründung**

Auf Grund von Abstimmungsfragen zum Antrag stelle ich als Co-Sprecherin der LAG Bildung folgenden Antrag.

## **Unterstützer\*innen**

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tonka Wojahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow), Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei)